

Prof. Dr. Gunnar Winkler, Volkssolidarität Bundesverband e.V., Präsident
Statement zur Pressekonferenz - 31. August 2010

**Sozialreport 2010 - Die deutsche Vereinigung
- 1990 bis 2010 -
Positionen der Bürgerinnen und Bürger**

Meine Damen und Herren,

die Thematik ist unmittelbar mit dem 20. Jahrestag der deutschen Vereinigung verbunden. Wenn von den Bürgern der neuen Länder als eines der wichtigsten Ergebnisse der friedlichen Revolution die neuen Freiheiten hinsichtlich der Organisationsvielfalt sowie Mitgliedschaften in Verbänden und Parteien hervorgehoben werden, so schließt das auch die Arbeit der Volkssolidarität ein. Nicht nur, dass wir 1990 beginnend wieder zu einem generationsübergreifenden Profil in der Wohlfahrtsarbeit zurückgefunden haben, sondern wir haben uns auch zu einem der führenden Verbände in der Sozial- und Wohlfahrtsarbeit entwickelt.

Seit 1990 hat sich unser Verband regelmäßig zur Situation der Menschen in den neuen Bundesländern - auch speziell von älteren - in Stellungnahmen und Vorschlägen sowie Sozialreports zu Wort gemeldet.

Mit dem Ihnen heute vorliegenden Sozialreport 2010 werden sowohl Aussagen über den 20-jährigen Prozess der Vereinigung - aus Sicht der Ostdeutschen - als auch zum gegenwärtig erreichten Stand der Vereinigung gegeben. Letzteres erfolgte anhand des repräsentativen Vergleichs von Aussagen und Bewertungen von Bürgern aus Ost- und Westdeutschland.

Aus der Sicht unseres Verbandes möchte ich folgende Aussagen/Positionen unterstreichen:

Erstens: Es gibt insgesamt in Ost wie West positive Aussagen zur allgemeinen Lebenszufriedenheit, aber auch eine hohe soziale Verunsicherung.

2010 sind in Deutschland 59 % der Bürger mit ihrem Leben alles in allem sehr zufrieden/zufrieden,

29 % teilweise zufrieden und nur 9 % unzufrieden/sehr unzufrieden. Dabei ist die Bewertung der allgemeinen Lebenszufriedenheit im Westen mit 62 % Zufriedenen und 8 % Unzufriedenen positiver als im Osten, aber auch in den neuen Ländern sind 51 % der Bürger zufrieden und nur 15 % unzufrieden.

Die relativ hohe allgemeine Lebenszufriedenheit darf jedoch nicht darüber hinwegsehen lassen, dass

- jeder 4. Bürger Befürchtungen (24 %) auf die Zukunft äußert und 51 % mit "sowohl Hoffnungen als auch Befürchtungen" geantwortet haben – aus unserer Sicht kein positives Signal, sondern eher als Unsicherheit zu werten;
- dass jeder 3. Bürger erwartet, dass sich seine individuelle wirtschaftliche Lage in fünf Jahren eher verschlechtert, und nur 19 % für sich Verbesserungen sehen;
- dass in Ost wie West über die Hälfte der Bürger Verschlechterungen erwarten

- bei den Bedingungen, um Arbeit zu haben (51% Ost/55 % West der bis 60-Jährigen),
- hinsichtlich der sozialen Sicherheit und Gerechtigkeit (zwischen 50 und 59 %),
- für die Lohn- und Einkommensentwicklung (62 % Ost/60 % West),
- und rd. 75 % hinsichtlich der finanziellen Sicherung im Alter (75 % Ost/78 % West).

Offensichtlich hat die Mehrheit der Bürger weder vor der Finanzkrise noch im letzten Jahr am Wirtschaftsaufschwung teilgenommen und sieht auch für die Zukunft keine leistungsgerechte Teilhabe. Das unterstützt aus unserer Sicht gewerkschaftliche Forderungen nach Einkommenserhöhungen sowie Forderungen der Sozialverbände nach Rentenerhöhungen bzw. Einhaltung der Rentengarantie ebenso wie Ablehnung weiterer Einschnitte in soziale Leistungssysteme.

Zweitens: Der Vereinigungsprozess wird - bei Anerkennung der erreichten Veränderungen seit 1990 - als nicht abgeschlossen betrachtet. Dabei stehen sich die Bewertungen in Ost und West zu den Ergebnissen des Vereinigungsprozesses seitens der Bürger zum Teil konträr gegenüber.

In Deutschland vertreten zwanzig Jahre nach der Vereinigung nur 9 % der Bürger die Meinung, dass Ost und West weitgehend zusammengewachsen sind, bzw. 31 % sehen nur noch geringe Unterschiede. Mehr als die Hälfte (56 %) stellen noch große (40 %) bzw. zunehmende Unterschiede (3 %) fest oder gehen davon aus, dass es auch in 50 Jahren noch gravierende Unterschiede geben wird (13 % - 4 % ohne Antwort). Das heißt, die Einheit gilt für die große Mehrheit noch nicht als vollendet.

Kennzeichnend dabei ist jedoch, dass sich die generellen wie individuellen Bewertungen zwischen Ost und West nicht unterschiedlich (wie z.B. bei Lebenszufriedenheit, wirtschaftlicher Lage, Erwartungen), sondern konträr verhalten:

- Während in den alten Bundesländern einerseits 47 % die Einheit als weitgehend vollendet betrachten (im Osten sind das 17 %) - sehen sie andererseits für sich mit 35 % deutlich mehr Verluste im Ergebnis der Einheit als im Osten (24 %).
- Die wirtschaftliche Lage wird einerseits - bezogen auf das Jahr 2010 - im Westen besser bewertet als im Osten (West 44 % sehr gut/gut - Ost 36 %). Bezogen auf den Vergleich zu 1990 geben andererseits jedoch von den heute ab 40-Jährigen aus dem Westen (also der 1990 Zwanzigjährigen) nur 24 % an, dass es ihnen jetzt besser geht, aber 41 % aus dem Osten.
- 52 % der Westdeutschen gehen davon aus, dass es dem Osten inzwischen besser bzw. teilweise besser geht als dem Westen - 75 % der Ostdeutschen sind da genau anderer Meinung.

Die Aussagen verweisen m.E. darauf, dass die Bürger im Osten einerseits die vollzogenen Fortschritte seit 1990 anerkennen ebenso wie sie die Erwartung an noch notwendige "Angleichungen" zum Ausdruck bringen. Andererseits werden für die Bürger der alten Bundesländer die (bereits seit 1980) erfolgten, abflachenden, zum Teil stagnierenden Entwicklungen wie die Einschnitte durch die Sozialreformen offensichtlich in hohem Maße pauschal der Vereinigung zugeschrieben.

Es hat sich eine keineswegs produktive Atmosphäre des gegenseitigen "Aufrechnens" entwickelt. Ich möchte ausdrücklich hervorheben, dass - bei aller Widersprüchlichkeit der individuellen Bewertungen - der deutsche Vereinigungsprozess sowohl durch die freiheitlich-demokratischen Aktionen der Bürger im Osten möglich wurde als auch durch die Aktivitäten der Bürger der alten Bundesländer, welche ökonomisch mit ihrer Arbeit Voraussetzungen für den Vereinigungsprozess schufen. Letztlich bewirkten jedoch seit 1990 die Bürger in Ost und West gemeinsam nicht nur den seitdem erzielten ökonomischen und sozialen Fortschritt, sondern versuchten, ihn auch gegen den zunehmenden Sozialabbau zu verteidigen, was weitgehend nicht gelang.

Drittens: Die in der Koalitionsvereinbarung im Abschnitt "Deutsche Einheit" festgelegte weitgehende Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland bis 2019 wird für nicht real gehalten.

Das für die innere Einheit bedeutsamste Problem ist nicht nur die immer noch nicht erreichte Angleichung materieller Lebensverhältnisse, sondern die nach wie vor nicht erreichte Gleichbehandlung und Chancengleichheit als Bedingung der Identifikation mit der Vereinigung. Es sind nicht vorrangig allein Einkommensdifferenzen, sondern ungleiche Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt sowie der sozialen und kulturellen Infrastruktur, welche es nicht ermöglichen, ein gleichwertiges, auf eigener Leistung beruhendes Leben zu führen.

Die Forderung von 9 % der Ostdeutschen, die DDR wiederhaben zu wollen, ebenso wie von 11 % der Westdeutschen, die Mauer wiederhaben zu wollen, ist nicht generell als restaurativ zu verstehen. Sie resultiert aus den gegenwärtigen Lebensverhältnissen (Arbeitslosigkeit; Armutsentwicklung) und ist der Anspruch auf Herstellung sozial gesicherter Lebensverhältnisse.

Die im Sozialreport enthaltenen Aussagen zur Angleichung unterstützen die Position unseres Verbandes, dass es neben der erforderlichen Angleichung (z.B. auch im rechtlichen Bereich) vor allem um gleichwertige Lebensverhältnisse geht (Bedingungen für Ausbildung, Arbeitsplätze und Infrastruktur). Nach wie vor werden Regierungsentscheidungen getroffen, z.B. beim Mindestlohn für Pflegekräfte, welche das Gefühl der 2-Klassen-Gesellschaft im Osten vertiefen.

Die Einheit zu vollziehen, bedeutet aber auch immer Anerkennung kultureller und regionaler Unterschiede bzw. Vielfalt unterschiedlicher Lebenshaltungen und Lebensentwürfe, die nicht zu normieren sind. Diese gilt es nicht zu überwinden, sondern zu akzeptieren und im Miteinander zu beachten.

Viertens: Die auf Leistungsab- und Systemumbau zielenden Sozialreformen seit der rot-grünen Koalition haben weder zu einer grundlegenden Verbesserung der Lebenslagen in den einkommenschwächeren Schichten noch zu mehr sozialer Sicherheit für Mehrheiten beigetragen.

Die "Sozialreformen" in den Bereichen Arbeit, Gesundheit und Alter haben nicht nur zu einem Leistungsabbau geführt, sondern auch die weitere Annahme auf Verschlechterungen des persönlichen Wohlstandes befördert. Davon gehen rd. 40 % der Bürger aus - 43 % im

Osten und 38 % im Westen. Die Untersuchung 2010 erbrachte in diesem Zusammenhang u.a. auch Aussagen zur Armutsentwicklung und Rente mit 67.

Auf der Grundlage des sog. Äquivalenzeinkommens (Grundlage gesamtdeutscher Median) kommt die Studie zu folgenden Ergebnissen:

Im Frühjahr 2010 lebten in Deutschland 18 Prozent der ab 18-jährigen Bürger im Bereich des Armutsrisikos (d.h. von 798 Euro oder weniger im Monat). In Ostdeutschland (einschließlich Berlin-Ost) liegt dieser Anteil bei 24 Prozent, in den alten Ländern (einschließlich Berlin-West) bei 16 Prozent.

Besonders von Armut betroffen sind:

- Arbeitslose mit einem Anteil von 61 % (72 % Ost, 49 % West),
- Alleinerziehende mit 39 Prozent jeweils im Osten wie Westen,
- Familien mit drei und mehr wirtschaftlich unselbstständigen Kindern mit einem Anteil von 35 % (38 % Ost, 35 % West);
- Beschäftigte in prekären Arbeitsverhältnissen mit 23 % (Ost 44 %, West 19 %).

Der zunehmende Anteil von Menschen, die in Deutschland in Armut leben oder armutsgefährdet sind, bedroht den sozialen Frieden und macht den hohen Handlungsbedarf seitens der Politik deutlich. Es besteht die Gefahr, dass Armut zu einem "selbstverständlichen" Element des sozialen Lebens wird, dass sich die Gesellschaft an Armut und soziale Ausgrenzung gewöhnt und dass sich eine eigenständige "Kultur der Armut" als ausgrenzendes Element herausbildet. 37 % der in Armut Lebenden gehen bereits davon aus (2010), dass sich ihre Zukunftsaussichten sogar noch weiter verschlechtern werden.

Was wir brauchen sind klare Strategien zur Armutsvermeidung. Dazu gehören - ich verweise auf entsprechende Forderungen der Volkssolidarität nach einem Programm zur Armutsbekämpfung - vor allem, dass

- Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung deutlich abgesenkt werden;
- Menschen von ihren Arbeitseinkommen leben können. Prekäre Arbeitsverhältnisse, Minijobs und Niedriglöhne führen zu wachsender "Armut trotz Arbeit";
- bei der Alterssicherung wenigstens Korrekturen zugunsten von Langzeitarbeitslosen, Niedrigverdienern, erwerbsgeminderten Menschen und den so genannten Solo-Selbstständigen vorgenommen werden;
- das Leistungsniveau in der Rentenversicherung nicht weiter abgesenkt wird und die Kürzungsfaktoren in der Rentenformel abgeschafft werden.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch erneut darauf verweisen, dass mit der Angleichung des Rentenwertes Ost nicht nur ein Restposten deutscher Einheit beseitigt, sondern auch ein Beitrag gegen die Entwicklung der Altersarmut im Osten geleistet wird.

Die Diskussion um die Rente mit 67 wird anlässlich der gesetzlich festgeschriebenen bevorstehenden "Bestandsprüfung" gegenwärtig erneut belebt.¹ Die Positionen der Bürger sind eindeutig (18- bis 64-Jährige):

- nur 10 % der 18- bis 64-Jährigen sprechen sich für das Modell "Rente mit 67" aus,

¹ Vgl. hierzu die Monitoring-Berichte des "Netzwerks für eine gerechte Rente", Nr. 1 bis 4, Berlin 2008 bis 2010.

- 30 % sind für den Renteneintritt mit 65 Jahren und
- 59 % unterstützen einen Rentenbeginn vor dem 65. Lebensjahr (darunter 14 % unter Hinnahme von Abschlügen).

Die Positionen sind zwischen Ost und West relativ übereinstimmend, mit einer stärkeren Unterstützung eines vorzeitigen Renteneintritts im Osten - offensichtlich Ausdruck der höheren Anteile an Arbeitslosigkeit - und einer moderaten höheren Zustimmung zur Rente mit 67 im Westen (11 %) als im Osten (5 %).

Wir möchten erneut betonen, dass für die Einführung der Rente mit 67 zur Zeit keine Voraussetzungen gegeben sind. Gegenwärtig und in naher Zukunft ist das Heraufsetzen des Renteneintrittsalters ein Schritt hin zur weiteren Rentenkürzung und zu Altersarmut. Das belegen auch die Entwicklungen im Rentenzugang.

Die Erhebung zeigt aber auch, dass wir einen anderen Umgang miteinander in der Gesellschaft brauchen. Die Volkssolidarität hat sich immer gegen Versuche in Politik und Medien gewandt, bestimmte sozial benachteiligte Gruppen gegeneinander auszuspielen. Missbrauch von Sozialleistungen zu einer massenhaft individuell verursachten Erscheinung aufzubauschen, zielt darauf ab, von den eigentlichen Ursachen für Armut abzulenken.

Fünftens: Der Stellenwert von Demokratie ist hoch, das Vertrauen in Politik und deren Institutionen gering. Wahlen werden mehrheitlich als nicht hinreichend, neue Formen der Mitwirkung für erforderlich gehalten.

In den vergangenen Jahren wurde das Vertrauen in die Politik und die repräsentative Demokratie erkennbar beschädigt. So lange Parteien in der Opposition das widerrufen, was sie als Koalitionspartner mitverantwortet haben, so lange Wahlversprechen nicht einzuhalten als "normal" abgetan wird, so lange dürfen sich Politiker über mangelndes Vertrauen in Institutionen, in die sie gewählt wurden, nicht wundern.

Nicht einmal 20 % der Bürger in Ost und West bringen dem Bundestag bzw. der Bundesregierung noch "volles" bzw. "viel" Vertrauen entgegen - obwohl es ein gestiegenes starkes politisches Interesse gibt (oder vielleicht gerade deshalb).

Im Gegensatz zur relativ geringen Zustimmung zu Wahlen - von rd. einem Fünftel der Wähler - wird mit deutlicher Mehrheit von 58 % der Bürger gefordert, über Abstimmungen in Sachentscheidungen, die ihr Leben betreffen, einbezogen zu werden. Das sind in den neuen Ländern 61 % und in den alten Ländern 57 %. In Ost wie West sind es vor allem die mittleren Jahrgänge, die sich für mehr Bürgerbeteiligung einsetzen.

Abschließend möchte ich feststellen, dass das soziale Wohlbefinden der Bürger in den nächsten Jahren davon bestimmt sein wird, wie die weitere Krisenbewältigung nicht vorrangig von den Erwerbstätigen und Rentnern bezahlt wird und wie es zugleich gelingt, kritische Positionen aufzugreifen und zu nutzen, um Lösungen im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung zu finden.

Die Volkssolidarität wird dazu ihren kritisch-konstruktiven Beitrag leisten.